

# Bildungspolitische Kontrahenten: Otto Glöckel und Richard Meister

Zweiklassenschule:  
Selektion der Zehnjährigen  
Ein Mythos gestern –  
heute – morgen in Österreich!



Bildungspolitische Kontrahenten:  
Otto Glöckel und Richard Meister



Karl Josef Westritschnig

**Bildungspolitische Kontrahenten:  
Otto Glöckel und Richard Meister**

Zweiklassenschule: Selektion der Zehnjährigen

Ein Mythos gestern – heute – morgen in Österreich!



## Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

AVM - Akademische Verlagsgemeinschaft München 2012  
© Thomas Martin Verlagsgesellschaft, München

Umschlagabbildung: © Image Source IS2 - Fotolia.com

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urhebergesetzes ohne schriftliche Zustimmung des Verlages ist unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Nachdruck, auch auszugsweise, Reproduktion, Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung sowie Digitalisierung oder Einspeicherung und Verarbeitung auf Tonträgern und in elektronischen Systemen aller Art.

Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und geprüft. Weder Autoren noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit der Verwendung dieses Buches stehen.

e-ISBN (ePDF) 978-3-96091-456-3  
ISBN (Print) 978-3-86924-324-5

Verlagsverzeichnis schickt gern:  
AVM - Akademische Verlagsgemeinschaft München  
Schwanthalerstr. 81  
D-80336 München

[www.avm-verlag.de](http://www.avm-verlag.de)

# Inhaltsverzeichnis

<b>VORBEMERKUNG .....</b>	<b>7</b>
<b>1 GLÖCKEL UND DIE VORGESCHICHTE EINER LIBERALEN UND DEMOKRATISCHEN SCHULE IN DER HABSBURGERMONARCHIE.....</b>	<b>11</b>
<b>1.1 Jungen und das liberal-sozialdemokratische Schulprogramm .....</b>	<b>14</b>
1.1.1 Glöckel und der Weg eines Liberalen zur Sozialdemokratie.....	15
1.1.2 Glöckel und der Weg eines Sozialdemokraten zur Parteipolitik .....	20
<b>1.2 Freie Schule und das sozialdemokratisch-liberale Schulprogramm .....</b>	<b>27</b>
1.2.1 Freie Schule ein Schutzverband des liberalen Reichsvolksschulgesetzes mit der Neuschule.....	27
1.2.2 Freie Schule und die Allgemeine Volksschule als Einheitsschule .....	34
<b>1.3 Glöckel und die Einheitsschule als Tor zur Zukunft .....</b>	<b>36</b>
1.3.1 Glöckel als Sozialdemokratischer Reichsratsabgeordneter .....	38
1.3.2 Glöckel und eine Begabungsauslese nach der achten Schulstufe .....	43
<b>2 GLÖCKEL UND DIE EINHEITSSCHULBEFÜRWORDUNGEN IN DER ERSTEN REPUBLIK .....</b>	<b>51</b>
<b>2.1 Glöckel und eine liberale Schulreform zur Demokratie .....</b>	<b>56</b>
2.1.1 Schulreform durch eine evolutionäre Entwicklung .....	56
2.1.2 Schulreform durch die neu gegründeten Staats Erziehungsanstalten als Eliteschulen der Ersten Republik.....	66
2.1.3 Reform durch eine einheitliche Erneuerung des ganzen Schulsystems in Österreich ....	72
2.1.4 Einheitsschule an der Mittelstufe zur Demokratisierung und Chancengerechtigkeit ....	80
<b>2.2 Glöckels Internationalität durch die Wiener Schulversuche zur „Allgemeinen Mittelschule“ an der Mittelstufe .....</b>	<b>85</b>
2.2.1 Mittelstufe als eine einheitliche und aufgewertete Pflichtschul-Oberstufe.....	91
2.2.2 Allgemeine Mittelschule eine zweizügig außen differenzierte Einheitsschule.....	95
2.2.2.1 Allgemeine Mittelschule als ein international anerkannter Wiener Schulversuch zur Mittelstufe 99	
2.2.2.2 Allgemeine Mittelschule und eine äußere Differenzierung durch Klassenzüge .....	102
2.2.2.3 Begabungsdifferenzierung in der Pflichtschulzeit mit einer einheitlichen Mittelschule an der Mittelstufe.....	108
2.2.3 Deutsche Mittelschule dient der Untermittelschulreform und zur Ersterprobung an den Staats Erziehungsanstalten .....	113
<b>2.3 Glöckel und die Chancengleichheit aller Begabungen.....</b>	<b>115</b>
2.3.1 Schulorganisation als Behinderung für eine Bildungsbeteiligung.....	116
2.3.2 Chancengleichheit aller Begabungen durch eine außen differenzierte Einheitsschule. ....	119
2.3.3 Chancengleichheit aller Begabungen durch eine entsprechende Schulbildung .....	121
<b>3 GLÖCKELS WEGBEGLEITER UND WEGWEISER SEINER SCHULREFORM IN DER ERSTEN REPUBLIK.....</b>	<b>123</b>
<b>3.1 Mitstreiter Glöckels und deren Einheitsschulgedanken .....</b>	<b>124</b>
3.1.1 Fadrus und die neue einheitliche Schulorganisation.....	125
3.1.1.1 Einheitlichkeit bei der Struktur des gesamten Schulwesens .....	130

3.1.1.2	Einheitlichkeit bei einer neuen Schulorganisation .....	132
3.1.2	Fischl und die Entwicklung einer Einheitsschule .....	133
3.1.2.1	Einheitsschule an der Mittelstufe für alle Jugendlichen .....	137
3.1.2.2	Differenzierter Oberbau der Einheitsschule für alle Begabungen .....	142
3.1.2.3	Kritisches zur Schulreform .....	144
3.1.2.4	Standes- und Elitecharakter der traditionellen Allgemeinbildenden Mittelschule .....	149
3.1.3	Kritik Furtmüllers an der ganzen Einheitsschule des Kulturpädagogen Meister .....	150
<b>3.2</b>	<b>Glöckel und die Einheitsschulbefürwortung durch Begabungsförderung ....</b>	<b>157</b>
3.2.1	Martinak alle Talente durch eine Einheitsschule erfassen .....	158
3.2.2	Raschke mit einer gerechten Begabungsauslese durch ein einheitliches Schulsystem. ....	160
3.2.3	Lang mit einer Einheitsschule zur Förderung einer sozialen Gerechtigkeit .....	162
3.2.4	Burger und Gestaltung des Schulwesens zur Einheitsschule .....	167
<b>4</b>	<b>MEISTER UND DIE EINHEITSSCHULABLEHNUNGEN WÄHREND DER ERSTEN REPUBLIK .....</b>	<b>173</b>
<b>4.1</b>	<b>Höfler mit einer ganzen Einheitlichkeit des Schulaufbaues .....</b>	<b>173</b>
<b>4.2</b>	<b>Meister und die ganze Mittelschulreform .....</b>	<b>178</b>
4.2.1	Meister und Höfler mit einem umfassenden Schulreformplan als Reaktion auf die Leitsätze und deren Schulaufbau .....	178
4.2.1.1	Volksschule als niedere und die Bürgerschule als höhere Pflichtschulen .....	181
4.2.1.2	Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen eine Mittelstufe mit einer Typenvielfalt an Schulen 183	
4.2.2	Meister und die Schulreform in Österreich .....	189
4.2.2.1	Meister mit Einheitsschulgedanken und eine höhere Bildungsschule .....	193
4.2.2.2	Meister und eine soziale Gesinnung durch die Einheitsschule erreichen .....	196
4.2.2.3	Meister und die Begabungsauslese aller Jugendlichen .....	199
4.2.2.4	Meister zweifelt an Begabungsdiagnose durch eine Einheitsschule .....	205
4.2.2.5	Meister und das Hinausschieben der Berufs- und Schulwahl .....	207
4.2.3	Kritische Einwände zum Reformplan von Meister und Höfler .....	209
<b>4.3</b>	<b>Hochschulen und ein mehrgliedriger Aufbau der Mittelstufe .....</b>	<b>211</b>
4.3.1	Mittelstufe mit einem mehrgliedrigen Schulaufbau .....	212
4.3.2	Berufs- und Bildungsentscheidung durch einen einheitlichen Mittelstufenaufbau hinausschieben .....	214
<b>5</b>	<b>POLITISCH-IDEOLOGISCHER KOMPROMISS DURCH REFORM DER BÜRGERSCHULE ALS GEHOBENE PFLICHTSCHULE .....</b>	<b>217</b>
<b>5.1</b>	<b>Sozialdemokratie und eine einheitliche Mittelstufe für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen Jugendlichen .....</b>	<b>220</b>
<b>5.2</b>	<b>Christlich-soziale und Meister mit Typenvielfalt durch ein mehrgliedriges Mittelstufensystem .....</b>	<b>226</b>
<b>5.3</b>	<b>Richtlinien des Unterrichtsministeriums zur Schulreform durch Erneuerung der Bürger- und Mittelschulen .....</b>	<b>227</b>
5.3.1	Bürgerschule als gehobene Pflichtschule und die praktischen Bildungsziele für die Wirtschaft .....	228
5.3.2	Mittelschule mit einer allgemein-theoretischen Bildungsaufgabe zur Vorbereitung auf ein Universitätsstudium .....	231
<b>5.4</b>	<b>Gutachten zu den Richtlinien des Christlich-sozialen Unterrichtsministers. ....</b>	<b>232</b>

5.4.1	Richtlinien des Unterrichtsministeriums und deren Ablehnung durch Einheits- Mittelstufe-Befürworter der Reformabteilung .....	234
5.4.2	Richtlinien des Unterrichtsministeriums und Befürwortung der Beibehaltung des dualen Systems an der Mittelstufe .....	240
<b>5.5</b>	<b>Regierungsvorlage zur Neuordnung der Schulorganisation in der Ersten Republik .....</b>	<b>244</b>
<b>5.6</b>	<b>Parteipolitisch-Ideologischer Kompromiss beim neuen Bildungstyp Hauptschule mit Klassenzügen .....</b>	<b>247</b>
5.6.1	Bildungsziel des neuen und aufgewerteten Pflichtschultyps Hauptschule .....	247
5.6.2	Erziehungs- und Bildungsidee der reformierten Mittelschule .....	251
<b>6</b>	<b>SCHULE DER ZEHN- BIS VIERZEHNJÄHRIGEN OTTO GLÖCKELS UNVOLLLENDETE SCHULREFORM .....</b>	<b>255</b>
<b>6.1</b>	<b>Aufgeklärt-absolutistische Habsburgermonarchie mit den neuen Pflichtschulen und reformierten Gymnasien .....</b>	<b>256</b>
6.1.1	Allgemeine Schulordnung und die Politische Schulverfassung mit Reform des niederen Schulwesens zur Volksbildung .....	257
6.1.2	Gymnasialreform vor Beginn der Technischen und Industriellen Revolution .....	264
<b>6.2</b>	<b>Organisationsstatut und Reichsvolksschulgesetz begründen die duale Mittelstufe.....</b>	<b>269</b>
6.2.1	Reform der Volksbildung in der liberalen Phase des 19. Jahrhundert durch eine moderne Volksschule.....	271
6.2.2	Gymnasium nach der bürgerlich-liberalen Revolution und das Realgymnasium durch die Mittelschul-Enquete .....	273
<b>6.3</b>	<b>Politisch-ideologischer Kompromiss mit Haupt- und Mittelschule normiert duale Mittelstufe bis heute .....</b>	<b>280</b>
<b>6.4</b>	<b>Hauptschule außen differenziert wird zur innen differenzierten Neuen Mittelschule heute.....</b>	<b>287</b>
6.4.1	Politisch-ideologischer Kompromiss bei der Schulorganisation normiert duale Schultypen an der Mittelstufe .....	287
6.4.2	Politisch-gesellschaftliche Einigung der standardisierten dualen Mittelstufe durch eine Hauptschule mit Leistungsgruppen.....	291
6.4.3	Politisch-ideologischer Kompromiss bei dualer Mittelstufe mit innen differenzierter Neuer Mittelschule.....	293
<b>6.5</b>	<b>Pflichtschule aufgewertet und duale Mittelstufe durch politisch-ideologischen Kompromiss bis heute.....</b>	<b>299</b>
<b>7</b>	<b>ZUKUNFTSMODELL: „ALLGEMEINE MITTELSCHULE“ ALS GEMEINSAME PFLICHTSCHULZEIT ZUR BILDUNGSERHÖHUNG ALLER .</b>	<b>301</b>
<b>8</b>	<b>QUELLEN UND LITERATUR, ABKÜRZUNGEN, ABBILDUNGEN.....</b>	<b>313</b>
<b>8.1</b>	<b>Quellen ohne Autor .....</b>	<b>313</b>
<b>8.2</b>	<b>Quellen mit Autor .....</b>	<b>315</b>

<b>8.3</b>	<b>Primärliteratur .....</b>	<b>324</b>
<b>8.4</b>	<b>Sekundärliteratur .....</b>	<b>326</b>
<b>8.5</b>	<b>Abbildungen.....</b>	<b>330</b>
<b>8.6</b>	<b>Abkürzungen.....</b>	<b>332</b>

## **Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen wird in Österreich durch:**

1. Parteipolitik und Gesellschafts-ideologie mit einem minimalen Konsens geprägt
2. Kompromisse politisch und ideologisch bestimmt, die seit der Ersten Republik bis heute halbherzig sind



## Vorbemerkung

Das duale Schulsystem an der Mittelstufe mit den niederen Pflichtschulen und den höheren Gymnasien bleibt aus politischen und ideologischen Gründen bestehen. Talentierte und interessierten Jugendlichen<sup>1</sup> aus niederen Bevölkerungsschichten wird über Berufsbildende höhere Schulen eine berufliche und gesellschaftliche Aufstiegsorientierung ermöglicht. Die niedere Pflichtschule wird durch den Namen Neue Mittelschule im sozialen Status an das höhere Gymnasium herangeführt. Die Absolventen von Gymnasium-Unterstufen haben keine Probleme bei Platzmangel in interessierenden weiterführenden höheren Schulen eine Aufnahme zu finden. Das Reichsvolksschulgesetz bringt mit der Bürgerschule eine gehobene Volksschule, vornehmlich für die städtische Bevölkerung hervor. Die Bürgerschule entsteht aus der Realbildung der Hauptschulen. Die Bürgerschule hat mit ihren unvollendeten Entwicklungen das Zweiklassen-Schulsystem an der Mittelstufe bis heute verfestigt. Die Gymnasial-Unterstufe bleibt erhalten, damit wird eine niedere und eine höhere Schule für Zehn- bis Vierzehnjährige politisch-ideologisch bis heute einzementiert. Für den Schulreformer der Ersten Republik Otto Glöckel ist die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen ein Anliegen. Durch den Wiener Stadtschulratspräsidenten Otto Glöckel wird die Erprobung der Bürgerschule als „Allgemeine Mittelschule“ an der Mittelstufe von Bedeutung. Ein politisch-ideologischer Kompromiss der Sozialdemokraten und Christlich-sozialen in der Ersten Republik setzt die dreiklassige Bürgerschule in eine zweizügige vierklassige Hauptschule um, wobei die Gymnasiums-Unterstufen erhalten bleiben. Die einzügige Bürgerschule wird in eine zweizügige Hauptschule umgesetzt. Eine Verschlechterung ist durch die Einführung des zweiten Klassenzuges der Hauptschule gegeben. E B-Zügler wird man

---

<sup>1</sup> Der Lesefluss dieses Buches soll nicht beeinträchtigt werden, daher wird die traditionelle Schreibweise verwendet, wobei das weibliche Geschlecht mitgedacht werden muss.

einer Schüler-Randgruppe zugezählt. Die Durchlässigkeit zu weiterführenden Schulen und in das duale Ausbildungssystem mit Betriebslehre und Fortbildungsschule ist beträchtlich eingeschränkt. Die Reformabteilung eine Stabstelle des quasi Unterrichtsministers Otto Glöckels entwickelt die „Leitsätze“ zum Schulaufbau. Der Christlich-soziale Unterrichtsminister Richard Schmitz entwickelt im Jahre 1926 die „Leitlinien“ zum Schulaufbau in Österreich. Die Schulreform wird durch die Leitsätze des Unterrichtsminister Otto Glöckel angeregt, wobei davon nur relativ wenig in das Haupt- und Mittelschulgesetz einfließt. Die „Allgemeine Mittelschule“ wird als einheitliche Mittelstufenform geplant. Die duale Mittelstufe der Ersten Republik wird durch das Schulorganisationsgesetz bis in die Gegenwart verfestigt. Im Jahre 1982 entstehen aus den zwei Klassenzügen drei Leistungsgruppen in den Hauptgegenständen der Hauptschule. Ein parteipolitischer Kompromiss im Jahre 2012 ermöglicht es, dass aus den drei „außen“ differenzierten Leistungsgruppen der Hauptschule, die „innen“ differenzierte Neue Mittelschule als Regelschule entsteht. Diese wird bis zum Jahre 2018 schrittweise flächendeckend in ganz Österreich eingeführt.

Dem Einheitsschulgedanken der auslaufenden Habsburgermonarchie und Ersten Republik wird historisch-pädagogisch nachgegangen. Die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen ist in Österreich nach wie vor ein extrem politisch-ideologisches Thema. Die duale Schule an der Mittelstufe ist für viele Mitbürger so etwas wie ein Mythos. Die absolutistisch-aufgeklärte Kaiserin Maria Theresia hat das Schulwesen zu einem „Politikum“, zu einer öffentlichen Aufgabe erklärt. Wegen der Aufnahme eines Schulmeisters, welcher zugleich Meßner war, gibt es Kompetenzschwierigkeiten mit der katholischen Kirche. In einem Hofdekret vom 13. Oktober 1770 wird die neue Zielrichtung der Bildungspolitik festgelegt. Der Vorrang eines staatlichen Interesses wird bei einer Anstellung erstmals programmatisch verkündet, indem

„das Schulwesen aber ist, und bleibet allzeit ein Politikum, folglich kann kein solcher, der zugleich Meßner und Schulmeister, von der Geistlichkeit allein aufgenommen, und abgedanket werden, dahingegen wenn der Meßner vom Schulmeister abgesondert ist, hanget allen von der geistlichen Obrigkeit, wie dieser von der weltlichen, ab“.<sup>2</sup>

Die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen ist seit der Schulreform der Ersten Republik, ein politisches und ideologisches Problem. Durch bildungspolitische Kompromisse wird Schritt für Schritt die duale Schule reformiert. Die Schulreform setzt in Österreich mit der Aufklärung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert ein. Das Schulwesen wird unter Maria Theresia vorrangig ein öffentlich-staatliches, gegenüber einem privaten geistlichem Interesse. Die beginnende Tendenz einer Trennung von Staat, Schule und katholischer Kirche und damit eine Säkularisierung der Schule werden erkennbar. Einheitsschulbefürwortungen und Einheitsschulablehnungen gibt es bereits in der Habsburgermonarchie, wobei diese vor allem die Schulreform der Ersten Republik anspricht. Diese wird nicht unwesentlich von der Ideologie des Austromarxismus und der Weltanschauung des Politischen Katholizismus mitbestimmt. Kontroverse Mittelstufenvorstellungen des Bildungspolitikers Otto Glöckel und des universitären Kulturpädagogen Richard Meister gibt es in der Ersten Republik. Ein wesentlicher Einfluss auf die Schulpolitik erfolgt parteipolitisch durch die Sozialdemokraten und Christlich-sozialen in der Ersten Republik.

Johann Amos Comenius 1592-1670 ein wegweisender Pädagoge der Neuzeit. Comenius ist als evangelisch-freikirchlicher Theologe in der Gemeinschaft der Böhmisches Brüder tätig. Die einsetzende katholische Gegenreformation erfordert auch von Comenius die Aufenthaltsorte ständig zu verändern. Ein Bildungsplan von Comenius sieht sieben „Schulen“ vor: Bei der „Schule des vorgeburtlichen Lebens“ sollen die Eltern sich ihrer werdenden Verantwortung be-

---

<sup>2</sup> Engelbrecht, Helmut 1984: Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 3, S. 490.

wusst werden, wobei auf gute Lebensbedingungen geachtet werden muss. Die „Mutterschule“ wird in der frühen Kindheit bis zum 6. Lebensjahr benötigt. Die öffentliche „Muttersprachschule“ dient vom 7. Bis 12. Lebensjahr allen Kindern unabhängig ihres Geschlechtes. Jenen Jugendlichen, welche vom 13. bis 18. Lebensjahr weiter lernen können und wollen, dient zur wissenschaftlichen Vorbildung die „Lateinschule“, die es in jeder Kreisstadt geben sollte. Eine „Akademie“ führt vom 19. bis 24. Lebensjahr das öffentliche Bildungswerk zu Ende, indem diese Lehranstalten in jeder Provinzhauptstadt bestehen sollen. Die „Schule des Mannesalter“ sollte ein ganzes Leben einen Bildungsprozess ermöglichen. Die „Schule des Greisenalters“ sollte in diesem Lebensabschnitt noch eine entsprechende Lebensaufgabe ermöglichen.<sup>3</sup> Ein pädagogisches Grundprinzip von Comenius ist, „allen alles“, entsprechend seiner Begabung und dem Interesse zu lehren. Alles zu lehren bedeutet, praktische und theoretische Kenntnisse und praktische Fertigkeiten, entsprechend der Fähigkeiten der zu vermitteln. Pädagogisch-didaktische Überlegungen über eine gemeinsame öffentliche Schule für aller Kinder und Jugendlichen entstehen in der Frühaufklärung. Der neuzeitliche Didaktiker Johann Amos Comenius spricht von einer öffentlichen „Muttersprachschule“ aller Sechs- bis Zwölfjährigen. Eine muttersprachliche Schulform könnte dem katholischen Aufklärungspädagogen Johann Ignaz Felbiger als Vorbild gedient haben. Durch die niedere Schulreform Felbigers wird in Österreich die allgemeine sechsjährige Schulpflicht eingeführt. Die „Allgemeine Schulordnung“ 1774 setzt eine Volksbildung in der Habsburgermonarchie allmählich in Bewegung.

---

<sup>3</sup> Vgl. [www.comenius.de/comeniuslehrer.cfm](http://www.comenius.de/comeniuslehrer.cfm).

## **1 Glöckel und die Vorgeschichte einer liberalen und demokratischen Schule in der Habsburgermonarchie**

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird nicht von Gesamtschulen, sondern von einer „Einheitsschule“ gesprochen. Unter Einheitsschule wird oft eine gemeinsame Unterstufe von höheren Schulen bezeichnet. Diese Begrifflichkeit wird verschieden gesehen, wobei meist eine gemeinsame Elementar- und Grundschule gemeint ist. Heute wird als gemeinsame Schule eine bezeichnet, die bis zum 14/16 Lebensjahr dauert und oft mit der Pflichtschulzeit endet. Für viele Reformpädagogen ist die gemeinsame Schule für alle ein pädagogisches Anliegen. Die Konzepte einer Gesamtschule bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhundert reichen sechs bis zehn Schulstufen.

Der bürgerlich-liberale und aufgeschlossene Ernst Freiherr von Feuchtersleben tritt am 18. Juli 1848 sein Amt als Unterstaatssekretär im neu gegründeten „Ministerium des öffentlichen Unterrichts“ an und ist von dem Gedanken beiseelt, das Unterrichts- und Bildungswesen entscheidend zu reformieren. Von seinen Vorstellungen setzt er allerdings nur wenig um, da die revolutionären Ereignisse im Oktober des Jahres 1848 in Wien ein schnelles Ende als Unterstaatssekretär herbeiführen.<sup>4</sup> Die Schul- und Bildungsvorstellungen eines Ernst Freiherr von Feuchtersleben sind in der Zukunft wegweisend für die unvollendete Mittelstufenreform bis heute. Die Chancenungleichheit infolge von Strukturproblemen der Schulorganisation existiert seit dieser Zeit, und er plant eine neue Mittelstufenform, nämlich das so genannte „Progymnasium“. Durch diese „Gesamtschule“ vom elften bis zum vierzehnten Lebensjahr sollen die „Bürgerschule“, das Untergymnasium und die Realschule zusammengelegt werden, um eine gemeinschaftliche, „höhere“ Vollbildung allen Klassen und Ständen der Gesellschaft zugänglich zu machen. Er wünscht sich insgesamt ein verstaatlichtes Bil-

---

<sup>4</sup> Vgl. Egglmaier, Herbert H. 2000: Ernst Freiherr von Feuchtersleben, S. 1.

dungswesen durch eine Reform der Volksschul- und Lehrerbildung und strebt eine „Befreiung der Schule von der Bevormundung durch die Kirche“ an. Mit vierzehn Jahren kommt es bereits zu einer „motivierten“ Berufs- und Schulwahl. Die Anlagen des Einzelnen bieten bereits die Gelegenheit, sich für den einen oder den anderen Beruf erkennbar zu entfalten und eine Selbstbeurteilung ist leichter möglich. Erst nach dem vierzehnten Lebensjahr soll ein Übertritt in das Gymnasium, in eine Realschule oder eine „Professionsschule“, nämlich in eine Fachschule möglich sein. Es kann aber auch gleich ein Übertritt in das Erwerbsleben erfolgen, denn eine duale Ausbildung mit einer Betriebslehre und einer Pflicht- Fortbildungsschule gibt es in der Ersten Republik noch nicht.<sup>5</sup>

Der Reichsratsabgeordnete Otto Glöckel schreibt im Jahre 1916 in der sozialdemokratischen Arbeiter-Zeitung über die derzeitige Schulorganisation in der Monarchie, dass es bereits mit zehn Jahren zur ersten viel zu frühen Trennung im Schulwesen kommt. Die Kinder armer Eltern am Lande verbleiben in der Volksschule und jene der Städte besuchen die Bürgerschule. Die Heranwachsenden „vermögender“ Kreise treten nach der Volksschule in die Mittelschule über, dadurch verkommen die Volks- und die Bürgerschule zu einer „Armenschule“. Es gibt verschiedene Mittelschulen, wie die Realschule, das Gymnasium, das Realgymnasium und das Reformrealgymnasium, wobei die Untermittelschulen der Vorbereitung für die Obermittelschulen dienen. Diese bieten kein abgeschlossenes Wissen, wobei die verschiedenen allgemein bildenden Oberschulen zur Hochschulreife führen. Ein Bürgerschüler, der den Lehrstoff halbwegs beherrscht, ist beim Eintritt in das Berufsleben einem Absolventen der Untermittelschule oft bei weitem vorzuziehen, da er dafür eine abgeschlossene Bildung erhält.<sup>6</sup> Otto Glöckel äußert sich in einem Kommentar bereits mitten im

---

<sup>5</sup> Vgl. Engelbrecht, Helmut 1986: Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Von 1848 bis zum Ende der Monarchie. Band 4, S. 52.

<sup>6</sup> Vgl. Glöckel, Otto 1916/1985: Einheitsschule, S. 91f.

Krieg, im Jahre 1916, sehr aufschlussreich, dass das Tor zur Zukunft nur durch eine „Einheitsschule“ gewährleistet wird. Diese Überlegungen werden für ihn zur bildungspolitischen Richtschnur nach der „sanften staatsverändernden“ Revolution von der Untertanen-Monarchie zu einem „mündigen“ Bürger der demokratischen Ersten Republik.

„Ist es nicht wirklich unverständlich, daß man schon im zehnten Lebensjahr die Gabelung eintreten läßt, obwohl dazu im fünfzehnten Jahre noch reichlich Zeit wäre? Bis zum fünfzehnten Lebensjahr reicht für alle Fälle eine Schulart aus. `Wir brauchen die Einheitsschule`. Im fünfzehnten Jahr soll entschieden werden, ob der junge Mensch die Fähigkeit besitzt, um weiter studieren zu können, oder ob er neben der Erlernung eines praktischen Berufes die obligate Fortbildungsschule besuchen soll. Die Entscheidung darf nicht danach erfolgen, welche soziale Stellung die Eltern einnehmen, sondern ob die Fähigkeiten des Zöglings eine gewisse Gewähr für den Erfolg des weiteren Schulbesuches bieten. [...] Selbst die Obermittelschule kann noch im Sinne der Einheitsschule ausgebaut werden, wenn auch daneben eine größere Zahl von wahlfreien Gegenständen, insbesondere Sprachen treten muß. Unser Mittelschulelend schreitet heute schon zum Himmel. Die so genannten `nationalen Minoritätsmittelschule` werden zum Krebschaden geistiger Entwicklung. Man versucht sie unter den größten Opfern, aus `nationalen` Rücksichten aufrechtzuerhalten“.<sup>7</sup>

An die neue Einheitsschule schließt sich nach der achten Schulstufe ein reich gegliedertes Schulsystem an, das verschiedene Begabungen und Talente anspricht. Die Einheitsschulfrage wird durch das „liberal-sozialdemokratische“ Schulprogramm der Lehrer und durch den Reichsverein „Freie Schule“ mit seinem sozialdemokratisch-liberalen Schulerneuerungsprogramm thematisiert, denn das Unterrichtsministerium beschäftigt sich in den letzten zwei Jahrzehnten der Monarchie nicht damit. Für Otto Glöckel sind diese Schulprogramme eine Grundlage für sein späteres, schulreformerisches Wirken in der Ersten Republik. Die Volksschul-Unterstufe bewährt sich seit dem Reichsvolksschulge-

---

<sup>7</sup> Ebenda, S. 92.

setz 1869 als Einheitsschule, somit braucht diese nur weiter ausgebaut werden. Für den zukünftigen sozialdemokratischen Schulreformer der demokratischen Ersten Republik Otto Glöckel bedeutet dies:<sup>8</sup>

Eine Schulreform kann nicht losgelöst von der übrigen Entwicklung des Staates durchgeführt werden. All diese Fragen hängen mit der Demokratisierung des ganzen öffentlichen Lebens innig zusammen“.<sup>9</sup>

Solange die Mächtigen in der Gesellschaft nicht erkennen, dass „Privilegien auch für sie von Übel“ sein können und nicht mit „klug geführter und kräftiger Hand“ eingreifen, so lange wird jede Schulreform nur ein „Stückwerk“ bleiben. Sie wird die Jugendlichen nicht von den längst erkannten Vorurteilen und von den „beengten Einrichtungen der hasserfüllten Klassen- und Standesherrschaft“ befreien, schreibt Otto Glöckel bereits während des Krieges im Jahre 1916 in einem wegweisenden Artikel über die „Einheitsschule“ in der sozialdemokratischen Arbeiter-Zeitung.<sup>10</sup>

### **1.1 Jungen und das liberal-sozialdemokratische Schulprogramm**

Zur erbärmlichen sozialen und finanziellen Situation der Kinder des Wiener Proletariats kommt für Otto Glöckel noch das eigene „Lehrerelend“, denn zu den Armen zählen damals vor allem auch die „provisorischen“ Unterlehrer. Sie sind schlecht bezahlt und haben keinerlei Anspruch auf eine feste „gesetzliche“ Anstellung“. Zur materiellen Ausbeutung ihrer Arbeitsleistung kommt noch die „politische Unterdrückung“ durch die Herrschaft der Katholisch-Konservativen. Oskar Achs schreibt über die „elende“ gesellschaftliche Situation der Volks-

---

<sup>8</sup> Vgl. Ebenda, S. 94f.

<sup>9</sup> Ebenda, S. 95.

<sup>10</sup> Vgl. Ebenda, S. 95.

schullehrer im ausgehenden 19. Jahrhundert in einem Artikel „Otto Glöckel-  
Leben und Werk“ im Jahre 1985 folgendes:<sup>11</sup>

„Als sich daher in den 1890er Jahren eine Gruppe von Unterlehrern politisch zusammenschloss und für ihre berechtigten Forderungen zu kämpfen begann, Versammlungen abhielt, Zeitschriften wie „Freie Lehrerstimme“ herausgab, Vereine „Die Jungen“ gründete und ein „Schulprogramm der Jungen“ erstellte, zählte auch Otto Glöckel bald zu den führenden Köpfen.“<sup>12</sup>

Trotz seiner „zwangsweisen“ Entlassung als Wiener Grundschullehrer im Jahre 1897, hervorgerufen durch den christlich-sozialen Wiener Bürgermeister Karl Lueger, bleibt Otto Glöckel bis zu seinem Tod im Jahre 1934 als „pragmatischer“ Sozialdemokrat der Schule bildungspolitisch und reformerisch verbunden. Als der „Untertanenstaat“ der Habsburgermonarchie zerbricht, ist es für Otto Glöckel klar, dass die neu entstehende „demokratische“ Erste Republik ein liberales und demokratisches Schulwesen verlangt, und er wird ein international anerkannter politischer Träger der österreichischen und vor allem der Wiener Schulreform mit der Erprobung seiner „Allgemeinen Mittelschule“, die bis in die Gegenwart als Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen mit einer entsprechenden Weiterentwicklung nicht verwirklicht werden konnte.<sup>13</sup>

### **1.1.1 Glöckel und der Weg eines Liberalen zur Sozialdemokratie**

Die Aktivitäten der „fortschrittlichen“ liberalen und „sozial“ motivierten sozialdemokratischen Lehrer veranlassen den christlich-sozialen Wiener Bürgermeister Karl Lueger, den provisorischen Unterlehrer Otto Glöckel ohne ein „Disziplinarverfahren“ und frei von Gründen bei Schulbeginn am 12. September 1897 vom Schuldienst zu entlassen. Damit ist Otto Glöckels Wirken als „aktiver“

---

<sup>11</sup> Vgl. Achs, Oskar 1985: Otto Glöckel- Leben und Werk, S. 8.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 9.

Lehrer mit einem Schlag beendet. Dieser schreibt in seinen Lebenserinnerungen im Jahre 1931 in seinem Domizil in der Schweiz:

„Der innige Zusammenschluss mit jungen Lehrern, die ähnliche Erlebnisse hatten wie ich, führten mich in den Kreis erbitterter Ankläger, zunächst der unwürdigen Schulverhältnisse, dann nach gereifter Einsicht in die Zusammenhänge, der heutigen Gesellschaftsordnung überhaupt. Die Maßregelung aus rein politischen Gründen, die Lehrtätigkeit in den Arbeiterorganisationen, die Erfahrungen als politischer Redner verbanden mich immer inniger mit der Sozialdemokratischen Partei“.<sup>14</sup>

Die meisten aktiveren jungen Lehrer kommen durch das „Pädagogium“, einem Fortbildungsinstitut für Lehrer, entstanden in der Zeit der liberalen Stadtverwaltung in Wien, in persönliche Berührung. Die meisten wirken als Unterlehrer in gewissen Außenbezirken, in den so genannten „Proletarierbezirken“. Es werden Veranstaltungen besucht, und so mancher kommt unterrichtend mit der angeschlossenen Übungsschule in Berührung. Im Gegensatz zu den Proletarierkindern finden hier „ausgewählte“ Kinder des gut situierten Bürgertums aus den inneren Bezirken eine Aufnahme. In dieser Übungsschule gibt es gut ernährte, praktisch gekleidete, wohlerzogene, aufnahmefähige und lernwillige Kinder. Diese schulische Situation regt an, über die sozialen Gegensätze des recht- und besitzlosen Proletariats und des Bürgertums nachzudenken. Unter der unbestrittenen und überlegenen Führung des sozialdemokratischen Unterlehrers, des späteren Bürgermeisters von Wien, Karl Seitz, entsteht ab 1992 eine „Iose“ Organisation von Junglehrern, wobei sich dazu Otto Glöckel in seinen „Lebenserinnerungen“ im Jahre 1931 in der Schweiz folgend äußert:<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup> Ebenda, S. 8.

<sup>15</sup> Vgl. Glöckel, Otto 1931/1939: Otto Glöckel erzählt aus seinem Leben, S. 39;

„Die Unterlehrer waren eine gequälte Kategorie unter der Wiener Lehrerschaft: keinerlei rechtlichen Anspruch auf Definitivstellung, elende Bezahlung, die oft nur die wirklichen gehaltenen Unterrichtsstunden honorierte. Man nannte sie daher die 'pädagogischen Tagelöhner' denen hungrige Schulkinder zugeteilt werden. Da sich niemand ihrer annahm, blieb nur die Selbsthilfe übrig. Wir versuchten die Unterlehrer zusammenzufassen und sie auf den Kampf vorzubereiten.“<sup>16</sup>

Otto Glöckel schließt mit seinem sozialdemokratischen Kollegen Karl Seitz 1869-1950 eine „parteilpolitische“ Freundschaft, die bis zu seinem Tode im Jahre 1935 halten soll. Der provisorische Wiener Unterlehrer Otto Glöckel 1864-1935 tritt im Jahre 1894 ebenfalls der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei und wird Mitarbeiter bei den öffentlichen Unterlehrerversammlungen. Unterlehrer Karl Seitz wirkt bereits als Vorsitzender dieser relativ „losen“ Lehrervereinigung. Im Jahre 1892 wird bei der ersten Unterlehrerversammlung unter Leitung von Karl Seitz erstmals empört über die Neuregelungen der „elenden“ Lehrerbzüge diskutiert.

„1892 wagte es der damals 23 Jahre alte Unterlehrer Karl Seitz, eine Versammlung der Unterlehrer einzuberufen. Viel Mut, viel Charakterstärke und viel Gesinnung gehörten allerdings dazu, in dieser Zeit und unter den damaligen Verhältnissen sich gegen die Obrigkeit aufzubäumen.“<sup>17</sup>

Eine eindrucksvolle Unterlehrerversammlung wird am 4. Juni 1984 in den Sitzungssaal des alten Wiener Rathauses einberufen. Unter „tosendem“ Beifall nimmt der Unterlehrer Karl Seitz den Sitz am Bürgermeisterstuhl ein, und Otto Glöckel wirkt als deren Schriftführer. Wer hat damals je gedacht, dass einige Jahrzehnte später Karl Seitz die Bürgermeisterwürde in einem „roten“ Wien bekleiden wird und Otto Glöckel als einflussreicher bildungspolitischer, geschäftsführender Stadtschulratspräsident erfolgreich schulreformerisch im „roten“

<sup>16</sup> Ebenda, S. 40f.

<sup>17</sup> Achs, Oskar/Tesar, Eva 1985: Schule damals- Schule heute. Otto Glöckel und die Schulreform, S. 22.

Wien wirken wird. Bei dieser Veranstaltung kommen folgende für Lehrer wichtige Themen zur Sprache:<sup>18</sup> Es erfolgt eine Forderung nach Abschaffung des „unwürdigen“ Titels eines „Unterlehrers“. Auf eine Regelung der „elenden“ Entlohnungsverhältnisse der Unterlehrer und auf die „prekäre“ dienstrechtliche Situation der Unterlehrer muss hingewiesen werden. Diese Unterlehrerversammlung gilt als ausgesprochen erfolgreich, die Tagespresse berichtet ausführlich darüber. Die Lehrerschaft wird aufgerüttelt, und die „Unterlehrerfrage“ steht plötzlich im Zentrum des politischen und öffentlichen Interesses, wobei weitere Schritte in Angriff genommen werden können. Ein alter liberaler Wiener Verein „Volksschule“, ein „ehemaliger“ Kämpfer gegen den Klerikalismus verliert an Bedeutung, denn die „jungen“ Mitglieder dieser Organisation versuchen aufzurütteln, um diesen Verein mit neuem Kampfgeist zu erfüllen, allerdings geht dabei diese „traditionelle“ Gemeinschaft zugrunde.<sup>19</sup>

Es ist an der Zeit, eine „alternativ-reformfreudige“, liberale und sozialdemokratische Unterlehrerorganisation zu gründen, „die ihrerseits als wohl organisierte Opposition in den ‚meist‘ liberal eingestellten Landeslehrervereinen tätig sind“<sup>20</sup>. Den dienst- und besoldungsrechtlich sozial deklassierten Unterlehrern bleibt zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen nur die Selbsthilfe.<sup>21</sup> Die treibende Kraft dieser sich „überparteilich“ gebenden Junglehrerbewegung ist der Sozialdemokrat Karl Seitz, wobei allerdings die Sympathisanten dieser politischen Gruppierung immer mehr den Ton angeben.<sup>22</sup> Die Junglehrerbewegung entwickelt sich zu einer sich rasch ausweitenden Organisation, die gegen die krasse Lohnbenachteiligung der Unterlehrer durch die Schulpolitik, auftritt. Die Unterlehrer-Lohnbewegung entfaltet sich zu einer allgemeinen „Kampfge-

---

<sup>18</sup> Glöckel, Otto 1931/1939: Otto Glöckel erzählt aus seinem Leben, S. 41.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 41f.

<sup>20</sup> Ebenda, S. 43.

<sup>21</sup> Vgl. Achs, Oskar/Krassnigg, Albert 1974: Drillschule-Lernschule-Arbeitsschule, S. 49.

<sup>22</sup> Vgl. Engelbrecht, Helmut 1986: Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Von 1848 bis zum Ende der Monarchie. Band 4, S. 126.

meinschaft“ für die Interessen der Lehrerschaft und damit für eine bessere Schule und Gesellschaft, dadurch entsteht „allmählich“ die sozialdemokratische Lehrerbewegung.<sup>23</sup>

Es wird der schulpolitische Reichsverein der jungen Lehrerschaft „Die Jungen“ unter federführender Mitwirkung von Karl Seitz und Otto Glöckels im Jahre 1895 als Selbsthilfe- und Informationsorganisation, gegründet. Nach dieser Vereinsgründung wird im selben Jahr von Karl Seitz und Otto Glöckel die „alternative“ und „radikale“ Lehrerzeitschrift „Freie Lehrerstimme“, als gewagtes Publikationsorgan der „jüngeren Lehrerschaft“ ins Leben gerufen. Otto Glöckel, der fünf Jahre politisch aktiver, provisorischer Unterlehrer ist, schreibt in seinen autobiografischen Lebenserinnerungen zu dieser neuen und reformerisch-alternativen Lehrerzeitung „Freie Lehrerstimme“ in seinen „erzählenden“ Lebenserinnerungen des Jahres 1931 Folgendes:<sup>24</sup>

„Die mutige, frische und unerschrockene Schreibweise der `Freien Lehrerstimme`, löste stürmische Zustimmung innerhalb der jungen Lehrerschaft aus; die älteren Kollegen waren über den `rüden` Ton empört, aber die radikale Presse wurde aufmerksam und druckte Stellen aus der Zeitung ab, und nicht zuletzt wurden auch die Schulbehörden aufgeschreckt. Insbesondere die `kritischen` Stimmen, die das Blatt brachte, zeichnen sich durch Witz, Bosheit und überlegenen Hohn aus, und als dann gar der Staatsanwalt mit Konfiskationen [Beschlagnahmen] vorging, die durch Interpellationen im Parlament wieder durchkreuzt wurden, hatte sich die `Freie Lehrerstimme` einen Namen und dauerhaften Platz erobert. Das Wagnis war geglückt.“<sup>25</sup>

Es ist das Verdienst des späteren Bürgermeisters von Wien, Karl Seitz, der als Obmann der „Jungen“ die Unterlehrerbewegung von einem reinen Radikalismus der Worte bewahrte.<sup>26</sup> Durch Aufklärungsarbeit und eine breit angelegte Diskus-

<sup>23</sup> Vgl. Achs, Oskar/Krassnigg, Albert 1974: Drillschule-Lernschule-Arbeitsschule, S. 47-50.

<sup>24</sup> Vgl. Glöckel, Otto 1931/1939: Otto Glöckel erzählt aus seinem Leben, S. 42f.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 43.

<sup>26</sup> Vgl. Ebenda, S. 43.

sion entsteht letzten Endes im Jahre 1898 das erste, rein von Lehrern stammende Schulprogramm, wobei die „elende“ Lehrerproblematik in seiner vollen Breite aufgerollt wird. Das Schulprogramm der „Jungen“ gilt als „die“ Wurzel der Schulreformbewegung in der demokratischen Ersten Republik in Österreich, wobei vor allem ab dem Jahre 1922 Wien als Schulversuchsstadt durch die Erprobung der „Allgemeinen Mittelschule“, ursprünglich als Einheitsschule mit zwei Klassenzügen gedacht, eine international anerkannte Bedeutung erlangt.

### **1.1.2 Glöckel und der Weg eines Sozialdemokraten zur Parteipolitik**

Für Otto Glöckel ist es ein Verdienst des Obmannes der „Jungen“, Karl Seitz, dass nicht nur ein bloßer verbaler Radikalismus gegeben ist, denn er ist ein kühler Denker und beeindruckender Redner, welcher über den engen persönlichen Interessenkreis der „Jungen“ hinausführt und vor allem auch die Zusammenhänge von Schule und Gesellschaft nicht aus dem Auge verliert. Die „Jungen“ wollen sich nicht wie die „Alten“ anpassen, sondern vertreten ihre „Prinzipien“ und stellen ein Forderungsprogramm auf. Nach langen Beratungen beschließt die Organisation der „Jungen“<sup>27</sup> an ihrem „Delegiertenparteitag“ des Jahres 1898 unter Federführung des weit blickenden Obmannes Karl Seitz und Alexander Täubler ein Schulprogramm, das als „Grundsätze der Jungen“ in die Geschichte eingehen soll. Es wirkt bei diesem „alternativen“ und weit reichenden Schulkonzept<sup>28</sup> auch der spätere Schulreformer der demokratischen Ersten Republik, Otto Glöckel, wirkungsvoll mit, wobei ziemlich sicher seine „sozialdemokratischen“ Aktivitäten eine Entlassung aus dem Wiener Schuldienst als „provisorischer“ Unterlehrer durch die christlich-soziale Mehrheit zur Folge haben.

---

<sup>27</sup> Als „Junge“ bezeichnet man darüber hinaus im damaligen Sprachgebrauch auch „opponentelle“ Kräfte.

<sup>28</sup> Vgl. Engelbrecht, Helmut 1986: Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Von 1848 bis Ende der Monarchie. Band 4, S. 126.

„Die vom Bezirksschulrathe infolge des Erlasses des n. ö. Landesschulrathes vom 29. Jänner 1897 verfügte Enthebung sämmtlicher provisorischer Unterlehrer, welche für vacante Lehrstellen im Wiener Schulbezirke in Verwendung standen, hat wie ein Blitz eingeschlagen. Diese Maßregel hat nicht nur in der Wiener Lehrerschaft, sondern auch in der Bürgerschaft eine gewaltige Aufregung hervorgerufen.“<sup>29</sup>

Otto Glöckel wird mit vier anderen provisorischen Unterlehrern am 12. September 1887 „ohne Verfahren und ohne Angaben von Gründen“<sup>30</sup> vom christlich-sozialen Wiener Bürgermeister Karl Lueger aus dem Schuldienst „entfernt“. Die „Massenenthebung der provisorischen Unterlehrer in Wien“, besteht im Nichtverlängern von „befristeten“ Dienstverträgen, wobei die große Gruppe der unzufriedenen Unterlehrer politisch „eingeschüchtert“ werden sollte.<sup>31</sup>

Neben der unzureichenden Lohnsituation hat der Lehrer unter der Abhängigkeit der herrschenden politischen Kreise zu leiden. Jede Besserstellung ist mit einem „Canossagang“ zu einem Funktionär des Ortsschulrates, der Gemeindevertretung oder zu sonst einem einflussreichen Protektor verbunden. Aufschlussreich für das Motiv der politischen Unterdrückung, der die Lehrer damals ausgesetzt sind, ist der Ausspruch des christlich-sozialen Reichsratsabgeordneten Karl Lueger, den dieser im Jahre 1901 im Parlament des Reichsrates gemacht hat:<sup>32</sup>

„Kein Lehrer hat das Recht, Republikaner (Sozialdemokrat) oder Schöne-  
rianer zu sein. Die müssen aus den österreichischen Schulen hinaus gejagt  
werden, da gibt es kein anderes Mittel. Das ist mein Staatsgrundgesetz!“<sup>33</sup>

<sup>29</sup> In der ursprünglich liberalen Lehrerzeitung „Die Volksschule“ des Jahres 1897 wird Folgendes geschrieben: Massenenthebung von provisorischen Unterlehrern in Wien, S. 79.

<sup>30</sup> Achs, Oskar 1985: Otto Glöckel- Leben und Werk, S. 8.

<sup>31</sup> Vgl. Engelbrecht, Helmut 1986: Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Von 1848 bis zum Ende der Monarchie. Band 4, S. 392.

<sup>32</sup> Achs, Oskar/Krassnig, Albert 1974: Drillschule-Lernschule-Arbeitsschule, S. 32f

<sup>33</sup> Ebenda, S. 32f.

Bereits die Absolventen der Lehrerbildungsanstalten in Niederösterreich müssen in den 1890er Jahren in einem Revers sich schriftlich verpflichten, weder einem deutschnationalen noch einem sozialdemokratischen „Verein“ oder „Partei“ beizutreten, und bei einer Anstellung in Wien muss jeder Bewerber um eine Lehrerstelle dem Bürgermeister Karl Lueger das Gleiche „eidesstaatlich“ geloben.<sup>34</sup> Die Entlassung aus dem Schuldienst am 12. September 1897 trifft den „provisorischen Unterlehrer“ Glöckel besonders, denn im inneren seines Wesens ist er ein „geborener“ Lehrer, damit ist „sein Lebensraum jetzt zerstört“ worden<sup>35</sup>. Die Öffentlichkeit ist durch diesen Gewaltakt Karl Luegers aufgerüttelt, und die Sozialdemokraten machen diese „willkürlichen Entlassungen“ zu ihrer parteipolitischen Angelegenheit. Es werden Versammlungen einberufen, bei denen vor allem Otto Glöckel als Redner auftritt, so eröffnet sich durch diesen Willkürakt des Nicht-Verlängerns des befristeten Dienstvertrages der parteipolitische Weg von selbst. Er „blieb der Schule verfallen“, und seine Schulreformen wirken zum Teil ungelöst bis in die Gegenwart nach.<sup>36</sup>

Das erste von „jüngeren Lehrern“ am 10. April 1898 beschlossene Schulprogramm, das gegen ihre soziale Degradierung protestiert und Schulfragen ausführlich darstellt, sollte als Keimzelle der Schulreformen Otto Glöckels in der Ersten Republik in die österreichische Geschichte eingehen.<sup>37</sup> Gegenüber den angepassten, „älteren“ Lehrern, treten die „jüngeren“ Lehrer öffentlich für ihre Prinzipien und Forderungen ein, wobei die „Grundsätze der Jungen“ aus einem kritischen und prinzipiellen Teil bestehen:<sup>38</sup> Im „Kritischen Theil“ bemängelt dieses Schulprogramm, dass das gemeinsam geschaffene Wissen der Menschen nicht allen gleich zugänglich ist, da wegen der beachtlichen Ausbildungskosten

---

<sup>34</sup> Vgl. Ebenda, S. 33.

<sup>35</sup> Glöckel, Otto 1931/1939: Otto Glöckel erzählt aus seinem Leben 1931, S. 45.

<sup>36</sup> Achs, Oskar/Krassnigg, Albert 1974: Drillschule-Lernschule-Arbeitsschule, S. 42.

<sup>37</sup> Vgl. Ebenda, S. 50

<sup>38</sup> Vgl. Freie Lehrerstimme, 1. Mai 1898, S. 151f.

die Begabungen und Talente der Armen „zur Verkümmern verurtheilt“ sind, und der Unterricht und die Erziehung „im Interesse der herrschenden und besitzenden Classe“ gestaltet werden. Die „Monopolisierung der Bildung durch die Reichen“ wird durch die Klassen- und Standesgegensätze entsprechend verschärft. Wenn es eine Verbesserung geben soll, so muss „das Bildungswesen für eine gleichmäßige, nur von den persönlichen Fähigkeiten des Individuums abhängige Bildung für arm und reich sorgen. Der „Principielle Theil“ trifft die Aussagen, dass jeder Mensch entsprechend seinen Fähigkeiten und Neigungen Anspruch am gemeinsamen geistigen Eigentum hat. Die Gesellschaft muss deswegen „Schulen, Erziehungs- und Volksbildungsanstalten in genügender Zahl und entsprechender Güte“ einrichten. Es ist auch für „einen von Classen, Parteien und Confessionen vollkommen unabhängigen, gründlich gebildeten Lehrerstand“ zu sorgen. Die Gesellschaft hat ein Recht darauf, von jedem Menschen ein für das Wohl der Gesamtheit notwendiges „Minimum von Bildung“ zu verlangen.

Aufgrund dieser grundsätzlichen Überlegungen ergeben sich „besondere Forderungen“ im Schulprogramm der „Jungen“, die zur Richtschnur der Bildungspolitik der österreichischen Sozialdemokratie bis in die Gegenwart werden soll. Wichtige Forderungen der „Jungen“ für die zukünftige Schulpolitik werden in der „Freien Lehrerstimme“ im Jahre 1898 wiedergegeben:<sup>39</sup> Die Schaffung und Erhaltung der notwendigen Kinderhorte, Kindergärten, Volks-, Mittel-, Fach-, Fortbildungs- und Hochschulen durch den Staat soll für „beiderlei“ Geschlechter in gleichem Maße erfolgen. Die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel in allen Lehr- und Erziehungsanstalten und die vollkommen unentgeltliche Verpflegung bedürftiger Schüler müssen gegeben sein, und ein Verbot der Kinderarbeit und eine Aufhebung der Schulbesucherleichterung soll gewährleistet werden. Die vollständige Trennung von Schule und Kirche muss

---

<sup>39</sup> Ebenda, S. 152f.

zu einer Selbstverständlichkeit werden. Die oberste Schulgesetzgebung erfolgt durch ein aufgrund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zusammengesetztes Parlament, und ein mindestens achtjähriger „Unterrichtszwang“ und eine gründlich qualifizierte Lehrerbildung muss ermöglicht werden. Ein entsprechendes Gehalt und eine entsprechende Pension der Lehrer soll durch den Staat bewerkstelligt werden. Diese beschriebenen pädagogischen, politischen und sozialen „Forderungen“ sind besonders artikuliert und geordnet, wobei der erste Teil den „sozialdemokratischen Bildungsvorstellungen“ entspricht<sup>40</sup>, wie sie teilweise in der „Prinzipienerklärung“ des Hainfelder Einigungsparteitages 1888/89 der Sozialdemokratie festgehalten sind:

„Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämtlicher Lehranstalten unbedingt erforderlich; die notwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.“<sup>41</sup>

Es ist auch unbedingt eine Trennung von Staat, Schule und Kirche notwendig. Die Früchte der geistigen Arbeit, alles Wissen und alle Bildung sollen der gesamten Menschheit zu gute kommen.<sup>42</sup> Es sind bereits „implizite“ Ansätze einer „Einheitsschule“ erkennbar. In weiterer Folge werden größtenteils „schulpolitische Überlegungen des bürgerlichen Liberalismus“ betrachtet, wobei die Interessen einer freien Schule für den Liberalismus von besonderer Bedeutung sind. Zu den „Jungen“ bekennen sich auch noch viele Lehrer „freisinniger“ bürgerlicher Gruppierungen, da eine Kritik bürgerlicher Parteien zum Unterschied des Hainfelder Parteitages nicht erfolgt. Die Bildungskonzeption von Karl Marx und Friedrich Engels, nämlich die Verbindung von produktiver Arbeit als Erzie-

---

<sup>40</sup> Vgl. Engelbrecht, Helmut 1986: Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Von 1848 bis zum Ende der Monarchie. Band 4, S. 127.

<sup>41</sup> Bертold, Klaus 1967: Österreichische Parteiprogramme, S. 139.

<sup>42</sup> Vgl. Ebenda, S. 143

hungsmittel und die polytechnische Bildung soll zur Überwindung des klassenspezifischen Gegensatzes zwischen Kopf- und Handarbeit führen, wird nicht einmal ansatzweise im Programm der „Jungen“ angeführt. Auch reformpädagogische Grundprinzipien, wie die Arbeitsschule und die Einheitsschule werden nicht explizit berührt.<sup>43</sup>

„Die den verschiedenen Parteien angehörigen „Lehrpersonen“, die sich zu diesem Programm bekennen, bilden die Partei der „Jungen“. Die Gesamtpartei der „Jungen“ vertritt die Interessen der freien Schule und die gemeinsamen Interessen der Lehrerschaft.“<sup>44</sup>

Am 18. Juni 1896 wird der „Zentralverein der Wiener Lehrerschaft gegründet“, wobei Karl Seitz, der 1897 ein langjähriger Obmann wird, Otto Glöckel, Josef Enslein und Alexander Täubler wichtige Gründungsfunktionäre sind. Für alle Kategorien von Volksschullehrern wie Unterlehrer, Lehrer soll der „Zentralverband der Wiener Lehrerschaft“ eine einheitliche Organisation bilden, der alle „freisinnigen“ Volksschullehrer vereinigt. Die Spaltungsbestrebungen „nationalistischer“ Lehrer zerbrachen dieses Bollwerk einer „freien Schule“. Für Otto Glöckel bedeutet die Gründung des „Zentralverbandes“ eine große Leistung der „Jungen“ Organisation.<sup>45</sup>

„Die bedeutungsvollste organisatorische Leistung der „Jungen“ war schließlich die Begründung einer großen, alle Kategorien umfassende Lehrerorganisation für Wien, der „Zentralverband der Wiener Lehrerschaft“ vereinigt Jahre hindurch die gesamten frei gesinnten Lehrer Wiens, bis die Spaltungsbestrebungen nationalistisch gerichteter Elemente diesem Bollwerk einer freien Schule Abbruch taten.“<sup>46</sup>

---

<sup>43</sup> Vgl. Engelbrecht, Helmut 1986: Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Von 1848 bis zum Ende der Monarchie. Band 4, S. 127.

<sup>44</sup> Das Programm der „Jungen“, In: Die Schul- und Bildungspolitik der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik, 1983, S.245.

<sup>45</sup> Vgl. Glöckel, Otto 1931/1939: Otto Glöckel erzählt aus seinem Leben, S.44.

<sup>46</sup> Ebenda, S. 44.